

# „Der Antisemitismus hat einen Krisenpunkt erreicht“

Rede von Ulrich Rach, Sprecher der Regionalgruppe Ansbach in der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e. V., bei der Reichspogromnacht-Gedenkfeier am 9. November 2020 in Ansbach

Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung, mörderische Vernichtung. Diese Begriffe stehen für das Schicksal der deutschen Juden im NS-Reich zwischen 1933 und 1945. Und was folgte dann als Reaktion in diesem Land von 1945 bis heute? Einsicht? Betroffenheit? Trauer? Kollektives Schuldbewusstsein?

Schon als Nachkriegskind im Nachkriegs-Deutschland kam ich jedenfalls auf besondere Art mit dieser sensiblen Thematik in Berührung. Meine Mutter hatte nämlich am 9. November Geburtstag. Und es war schon fast ein Ritual, dass sie, die politisch Engagierte, wenn die große Verwandtschaft zum Feiern bei uns daheim war, angereichert mit einer gehörigen Prise Nationalstolz, darauf hinwies: historisch gesehen sei sie an einem Tag geboren, der ein ganz besonderes Datum für diese Nation darstelle. Denn am 9. November 1918 war in Deutschland die Republik ausgerufen worden und am 9. November 1923 der Hitler-Ludendorff-Putsch gescheitert, was den späteren „Führer“ ins Gefängnis brachte. Die Familie nickte stets wohlgefällig gratulierend, oft zustimmend kommentierend. „Was für ein Geburtsdatum!“

Eines Tages – es muss wohl so gegen Ende der 1950-er Jahre gewesen sein – kam es angesichts eines solchen Rückblicks am Geburtstag allerdings zu einem Familien-Eklat. Einer meiner vielen Onkels, der jüngste von ihnen, im Krieg noch ein Kind, wagte sich, darauf hinzuweisen, dass es ja da noch etwas Historisches gegeben habe an einem 9. November. Nämlich 1938 – die Reichspogromnacht, der Tag an dem die Judenpolitik der Nazis eine noch schrecklichere Dimension annahm, als sie es ohnehin bis dahin schon hatte.

„Warum erwähnt ihr das nie? Habt ihr das alle schon vergessen?“, fragte der kritische Onkel in die Runde. Schweigen erst, dann die geradezu explodierende vielstimmige Reaktion: Man müsse ja wohl nicht ständig „in diesen Sachen“ herumrühren. Sicher, räumte die Geburtstagsgesellschaft anno 1957 oder 1958 ein, „das mit den Juden“ sei nicht gut und nicht schön gewesen. Juden seien schließlich auch Menschen. Andererseits sei aber bei Hitler auch nicht alles schlecht gewesen. Der so angesprochene Onkel verließ daraufhin die Geburtstagsparty mit den Worten: „Wisst ihr was? Ihr habt nichts gelernt und nichts verstanden seit 1945“.

Und ich, der vielleicht Elfjährige, war ratlos. Weil ich den Streit nicht verstand und nicht so recht wusste, was da los war, mit den Juden in der Hitlerzeit. Und warum die Familie die Selbstverständlichkeit, dass „Juden auch Menschen sind“, so merkwürdig betonend in den Raum stellte. Politik war zwar in unserer Familie ein stetes und großes, heißes Thema, aber äußerst selten die Politik des „Dritten Reichs“.

Da blieb ich, wie viele junge Menschen damals, weitgehend unaufgeklärt. Das mit der Aufklärung wurde auch nicht besser, als ich von 1953 an in der Schule Klasse für Klasse erklimmte. Der Geschichtsunterricht war selbst im Gymnasium geprägt von alten Germanen, Römern, Griechen und Karl dem Großen. Jahr für Jahr. Die NS-Zeit? Die Judenverfolgung und -vernichtung? Der historische, Jahrhunderte alte Antisemitismus? In der Schule, wie in der Familie fast ausnahmslos entweder nur kurz angedeutet oder vollkommen totgeschwiegen.

Und so ganz allmählich, so erlebte man das als junger, aber politisch reifer werdender Zeitgenosse mit, wagten sich sogar solche Leute wieder ins politische Rampenlicht, die man durchaus in der Nähe der Nazis einordnen konnte: Die völkisch-nationale und revanchistische NPD beispielsweise, 1964 gegründet, aber auch die Republikaner, die 1983 auf die politische Bühne drängten. Beide Parteien zogen schon damals vielfach die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes auf sich. Offener Antisemitismus jedoch war trotzdem in diesem Land höchst selten zu erleben, im Prinzip ein gesellschaftliches Tabu vor allem im politischen Klima der 1970-er und 1980-er Jahre.

Die Stimmung änderte sich erst in den 1990-ern. Was auch Levi Salomon, Gründer des Jüdischen Forums für Demokratie und Antisemitismus, bestätigt. Er beobachtet seit 1997 zunehmend stark rechtsextreme Tendenzen, gepaart mit Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Anfangs steckte wohl vor allem die NPD hinter dieser Entwicklung. Danach

haben auch hasserfüllte Einflüsse in Deutschland lebender radikaler Islamisten das antisemitische Schadensfeuer weiter angeschürt.

Inzwischen, darüber sind sich politische Wissenschaftler einig, ist Antisemitismus in diesem Land das Problem mehrerer Milieus, von ganz rechts bis ganz links. Allerdings, so berichtet die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, die die meisten antisemitischen Straftaten in Deutschland erfasst, allerdings werden 90 Prozent der Vergehen dieser Art von Rechtsradikalen und Rechtsextremen begangen, weitere 8,5 Prozent der Straftaten geschehen aus religiösen oder ausländisch-politischen Gründen, ein Prozent der Täter sind Linksextreme.

Der Verfassungsschutz konstatiert, dass die gefährliche Entwicklung durch das Internet enorm beschleunigt werde. Das führt nicht nur zu blutigen Anschlägen wie auf die Synagoge in Halle, sondern auch dazu, dass Juden hier zu Lande mehr denn je mit Morddrohungen bedacht, auf offener Straße tötlich angegriffen, angespuckt und beleidigt werden.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendwo in Deutschland ein Hakenkreuz auf eine jüdische Einrichtung geschmiert wird, Hassmails geschrieben oder Juden angepöbelt, bei Demonstrationen antisemitische Schmährufe skandiert werden. Viele dieser Vorfälle werden nie öffentlich, finden sich nie in den Statistiken wieder.

Es steht aber fest, dass sich die Zahl der antisemitischen Straftaten zwischen 2017 und 2019 verdoppelt hat. 386 Verfahren mit antisemitischem Hintergrund wurden 2019 eingeleitet. Und Bundes-Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang konstatiert, dass Antisemitismus sich aktuell – wie schon vielfach früher auch – als eine erstaunliche Gemeinsamkeit von unterschiedlichen Feinden der Demokratie darstellt. Die Schwerpunkte „judenfeindlicher Einstellungen“ heute sehen die Verfassungsschützer indes eindeutig bei den „Neuen Rechten“ wie „Reichsbürgern“, Pegida oder dem Rechtsaußenflügel der AfD.

Beispielgebend sei an die Äußerung von AfD-Frontmann Björn Höcke zur Holocaust-Gedenkstätte in Berlin erinnert: „Wir Deutschen“, sagte er, „unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz der Hauptstadt pflanzt.“ Ja, das moralisch Unsagbare ist mittlerweile in diesem Land sagbar geworden. Ich schäme mich – vor allem vor unseren jüdischen Mitbürgern –, dass es schon wieder so weit gekommen ist.

Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, urteilt drastisch: „Der Antisemitismus hat in Deutschland einen Krisenpunkt erreicht. Und er mahnt uns alle, hier nicht wegzuschauen. Denn: Wir haben in diesem Land schon einmal erlebt, was geschieht, wenn die Masse der Bürger wegschaut und schweigt.“

Und wir dürfen uns auf keinem Fall dem Glauben hingeben – so wie das manchmal beschwichtigend geschieht –, dass hier zu Lande Antisemitismus und Judenhass nur minimal vorhanden seien und wir dieses Problem schon erledigen werden. Judenfeindlichkeit ist in erschreckendem Maß vorhanden. Laut einer Studie des Jüdischen Weltkongresses hegt jeder vierte Deutsche antisemitische Gedanken. Wir werden also dieses Problem keinesfalls einfach so erledigen. Hass und Unbelehrbarkeit sind in diesem Land weit verbreitet und sitzen tief, sehr tief.

Deshalb dürfen wir nicht aufhören, dagegen anzugehen. Wenn wir den Antisemitismus wenigstens zurückdrängen wollen, muss sich gesamtgesellschaftlich etwas verändern. Jüdinnen und Juden in Deutschland sollten darauf vertrauen können, dass Pöbeleien und Übergriffe von der Mehrheitsgesellschaft nicht schweigend toleriert werden.

Am Ende kommt es bei dieser Zielsetzung auf die Haltung jedes Einzelnen an, auf Sie und auf mich. Dabei könnte schon Wirkung erzielt werden, wenn viele in prekär-antisemitischen Situationen auf der Straße, im Wirtshaus oder im Internet nicht einfach weghören, wegschauen und schweigen, sondern sich zuständig fühlen und widersprechen, den Unverbesserlichen zeigen, wo die rote Linie ist.

Wir sind also gerufen, Position zu beziehen. Deutschland hat vor dem Hintergrund seiner jüngeren Geschichte und Ereignissen wie der Pogromnacht und des Holocaust die einmalige Verpflichtung, Hass und Intoleranz aufzuhalten, mit dem Ziel sie auszumerzen. Als Nachkommen einer schwer belasteten Generation unseres Volkes dürfen wir im Streben nach tiefgreifender Vergebung und Versöhnung, nach Frieden und nach Menschenwürde diese Anforderung, diese Aufgabe nie, niemals aus den Augen verlieren.

Shalom uns allen hier. Shalom unserer Stadt und ihren Menschen. Shalom ganz besonders innig unseren jüdischen Mitbürgern.